

# Wie viel ist ein „Krümel“?

## Griechenland: Die neue Regierung und die KKE

Für die Griechische Kommunistische Partei (KKE) stand schon vor der Wahl fest: Auch eine Linksregierung, so erklärte das ZK der KKE vor der Wahl, „wird die Menschen mit Krümeln abspesen.“ Diese Haltung traf in großen Teilen der deutschen Linken auf Unverständnis. Sie kritisierten, dass damit ein Ende der Sparpolitik auf unbestimmte Zeit vertagt werde. Die Griechenland-Korrespondentin der *junge Welt*, Heike Schrader, forderte die KKE auf, eine Unterstützung der Linksregierung nicht an Ansprüche zu knüpfen, die „nur unter Bedingungen einer Weltrevolution“ erfüllbar seien.

Für Kommunistinnen und Kommunisten ist selbstverständlich: Sie machen Politik im Interesse der arbeitenden Menschen. Jede Maßnahme, die die Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung irgendwie verbessert, begrüßen sie. Auch Dimitris Koutsumbas, Generalsekretär der KKE, hatte bereits vor der Wahl erklärt, dass die KKE im Parlament nicht nur ihre eigenen Anträge einbringen werde. Wenn die Regierung oder eine Partei „ein gutes, positives, für das Volk vorteilhaftes Gesetz“ einbringe, werde die KKE selbstverständlich dafür stimmen.

Jede Entlassung, die die neue Regierung zurücknimmt, jeder Euro, um den der Mindestlohn erhöht wird, sind gut. Aber was ist genug? Woran lässt sich messen, was ein „Krümel“ und was eine wirkliche Verbesserung ist?

PAME, die klassenorientierte Gewerkschaftsfront, die von der KKE unterstützt wird, veröffentlichte Anfang Februar ihre Forderungen. Sie stellt de-

tailliert dar, welche Verbesserungen sie jetzt sofort erreichen will. Die Grundrichtung dabei ist: Zumindest die Verschlechterungen der letzten Jahre, die Kürzungen, „Reformen“ und Entlassungen des Spardiktats, müssen zurückgenommen werden, nicht nur für die abhängig Beschäftigten, sondern für alle Teile der Bevölkerung. PAME – und die KKE – setzen dafür auf die Mobilisierung der Menschen in Betrieben, Stadtteilen, Schulen. „Von unseren Aktionen“, erklärt PAME, „von unseren Kämpfen und Forderungen hängt unsere Rettung ab, unser anständiges Leben, dauerhafte und sichere Arbeitsplätze mit vollen Rechten.“

Die neue Regierung kündigte an, die entlassenen Staatsbediensteten wieder einzustellen. Ob damit die Verschlechterungen der letzten Jahre ausgeglichen werden, ist unklar. Der zuständige Syriza-Minister Georgios Katrougkalos erklärte im Interview mit der *L'Humanité*: „Wir werden alle diejenigen wieder einstellen, die entlassen worden sind.“ Aber wie viele sind das? Katrougkalos spricht von 3 500 Entlassenen, dazu kämen noch die Beschäftigten des öffentlichen Rundfunks. Die FAZ berichtete dagegen von 9 500 Entlassungen – allein im Jahr 2014.

Währenddessen touren die Vertreter der neuen Regierung durch Europa und zeigen, dass sie für einen neuen Stil stehen. Der Finanzminister Varoufakis, auf dem Motorrad, ohne Krawatte, führt Verhandlungen. Das Ende der Troika scheint in diesen Verhandlungen schon besiegelt, zumindest die Struktur in ihrer bisherigen Form, mit den demü-

tigenden Kontrollbesuchen, ist am Ende. Die Forderung nach einem Schuldenschnitt – also die Abschreibung eines Teils der Schulden nach Verhandlungen zwischen Schuldner und Gläubiger –, mit der Syriza in den Wahlkampf gegangen war, könnte jedoch schon jetzt vom Tisch sein: Im Gespräch mit der *Financial Times* rückt Varoufakis davon ab. Stattdessen, so Varoufakis, könne „die Last der Schulden verringert werden“, indem die Rückzahlung an das Wirtschaftswachstum Griechenlands gekoppelt werde. Auch Tsipras erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur Bloomberg, sein Land werde die Schulden bei EZB und IWF zurückzahlen und bald eine Einigung mit den anderen Ländern der Eurogruppe erreichen. Bereits in seiner programmatischen Thessaloniki-Rede hatte Tsipras den Maßstab für einen Schuldenschnitt erklärt: Es gehe um eine Reduzierung der Schulden, „so dass sie tragfähig werden“.

Die Maßnahmen der Regierung bringen Verbesserungen. Das heißt nicht, dass sie nur aus Sicht der arbeitenden Menschen sinnvoll sind. Der Stopp der Privatisierungen, den der Minister Lafanzanis ankündigte, ist richtig – auch für einen funktionierenden Kapitalismus in Griechenland. Denn der Privatisierungskurs der vergangenen Jahre hat eben nicht funktioniert. Im Juni 2013 berichtete die FAZ, die Privatisierungsbehörde Taiped „kämpft gegen das Desinteresse ausländischer Investoren. Selbst für lukrative Unternehmen bekommt sie kaum attraktive Angebote“ – trotz „Schnäppchenpreisen“. Und *Neues Deutschland* schätzte in

der vergangenen Woche ein: „Mangels Interesse“ werde das Staatseigentum „oft zum Schleuderpreis an griechische Oligarchen veräußert – oder der Verkauf scheitert überhaupt.“ Eine Rücknahme durchgeführter Privatisierungen ist bisher nicht im Gespräch. Kritik an der griechischen Bourgeoisie kommt dagegen aus der CDU: Der Innenpolitiker Bosbach und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende sprachen sich für eine stärkere Besteuerung der reichen griechischen Reeder aus.

Jede politische Kraft legt ihre Maßstäbe an die Arbeit der neuen griechischen Regierung an: Sind die Staatsschulden tragfähig? Bringt Syriza einen neuen Wirtschaftsaufschwung? Kann die Regierung die Probleme lösen? Die KKE und PAME legen einen anderen Maßstab an. Sie setzen trotz Linksregierung auf parlamentarische Opposition und gewerkschaftliche Mobilisierung – sie wollen die Kraft, die Bewusstheit und die Organisation der arbeitenden Menschen in die Waagschale werfen. Aus ihrer Sicht ist alles andere zu wenig: „Es zeigt sich, dass im wirklichen Leben nur die Kraft der Arbeiter- und Volksbewegung, mit den täglichen Kämpfen und der Organisation an jedem Arbeitsplatz und in jeder Branche, der Politik der Krümel ein Ende setzen kann, damit die arbeitenden Menschen den Reichtum fordern, den sie produzieren.“ Das erklärte PAME, nachdem der Arbeitsminister angekündigt hatte, den Mindestlohn nicht, wie im Wahlkampf versprochen, sofort wieder auf die Höhe von 2012 zu bringen.